

Karl Kardinal Lehmann

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Grußwort zur Veranstaltung »Darfur: Verbrechen gegen die Menschlichkeit« (15.-21.03.2007) im Jüdischen Museum Berlin

Im Januar 2005 erlebte der Sudan ein historisches Ereignis, das viele Menschen kaum für möglich gehalten hätten: Die Protagonisten des Bürgerkrieges, die Zentralregierung in Khartum und das »Sudan People's Liberation Movement« (SPLM), kamen überein, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Damit endete eine Auseinandersetzung, die im Laufe von 20 Jahren mehr als eine Million Menschenleben gekostet hatte.

Über die Lösung des Nord-Süd-Konfliktes hinaus wurde der Friedensvertrag damals als wesentliche politische Rahmenbedingung für ein dauerhaft gewaltfreies Miteinander aller Volksgruppen im Sudan verstanden. Tatsächlich aber sind die Menschen in der westsudanesischen Region Darfur vom Frieden heute weiter entfernt denn je. Seit Jahren kommt es dort zu massiven Menschenrechtverletzungen: zu Mordbrennerei, Massenvergewaltigungen und ethnischen Säuberungen. Auch Flüchtlingslager werden von den arabischen Reitermilizen der Janjaweed nicht verschont. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen, die teils im Sudan, teils auf dem Staatsgebiet des angrenzenden Tschad leben, auf etwa 2 Millionen geschätzt. Laut Vereinten Nationen sind im Zuge der gewaltsamen Vertreibungen bis zu 300.000 Menschen ums Leben gekommen.

Im Gegensatz zum 2005 beendeten Bürgerkrieg hat der Darfur-Konflikt keine religiöse Komponente. Es geht um ökonomische Interessen und eine ethnisch bestimmte Auseinandersetzung zwischen der arabisch dominierten Zentralregierung und der schwarzen Bevölkerung in der Region. Auch Rivalitäten zwischen den Volksgruppen des Nachbarlandes Tschad scheinen eine Rolle zu spielen und der Lösung des Konflikts entgegenzuwirken. Die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung sind für Außenstehende oft nur schwer zu verstehen. Sicher dürfte jedoch sein, dass der schwelende Konflikt zwischen nomadisch lebenden Arabern und sesshaften schwarzen Bauern von der Regierung in Khartum genutzt werden soll, um durch ethnische Säuberungen eine Arabisierung des Darfur zu erreichen. Die paramilitärischen Einheiten der Janjaweed werden von regulären

Truppen unterstützt, um eine ethnisch homogene Region zu schaffen. Auf diese Weise sollen zugleich Autonomiebestrebungen bekämpft und eine stärkere Bindung der wahrscheinlich ölreichen Provinz an den Norden sichergestellt werden.

Aufgrund der Vertreibungen, der systematischen Tötung der einheimischen Bevölkerung und der gezielten Unterversorgung der Region durch die Regierung sprechen viele – so auch der ehemalige US-Außenminister Colin Powell – von einem Genozid gegen die schwarze Bevölkerung.

Dennoch findet der Darfur-Konflikt in der internationalen Politik noch immer nicht jenes Interesse, das für die Linderung der Not so vieler Menschen unabdingbar wäre. China und Russland verfolgen energiepolitische Ziele und unterstützen deshalb die Zentralregierung. Auch die USA haben lange gezögert, sich deutlich für die Menschen in Darfur einzusetzen. So ist es schon ein Lichtblick, dass der UN-Sicherheitsrat den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag mit der völkerrechtlichen Strafverfolgung der Menschenrechtsverletzungen in Darfur beauftragt und jüngst die Namen der Hauptverantwortlichen veröffentlicht hat. Ausdrücklich begrüße ich auch, dass der neue Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die verheerende Situation in Darfur zu einer Priorität seiner Arbeit erklärt hat und schon bald das Gespräch mit der Afrikanischen Union suchen will.

Was die Kirchen betrifft, so sehen wir uns vor allem zur humanitären Hilfe verpflichtet. Ich bin dankbar für das unermüdliche Engagement unserer Hilfswerke, die in den vergangenen Jahren – oft unter Gefahr für das Leben ihrer Mitarbeiter – versucht haben, den Flüchtlingen so gut wie möglich zu helfen. Nicht selten wurden sie dabei selbst zum Ziel von Übergriffen der Reitermilizen. Von Seiten der Katholischen Kirche in Deutschland ist besonders Caritas international in der Krisenregion tätig. Gemeinsam mit der Caritas im Tschad ist man bemüht, allen Widrigkeiten zum Trotz ein Mindestmaß an humanitärer Grundversorgung für die Opfer der Vertreibungen sicherzustellen.

Wir sind als Kirchen jedoch zugleich zum öffentlichen Wort und auch zum Protest gegen die seit langem anhaltende Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft verpflichtet. Die Öffentlichkeit muss nachdrücklich auf die Leiden der Menschen hingewiesen und die verantwortlichen politischen Kräfte müssen zu wirksamen Maßnahmen gedrängt werden. Ich erneuere deshalb heute meinen bereits im Juni 2004 gemeinsam mit dem Ratsvorsit-

zenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, verfassten Appell an die Bundesregierung und an die Regierungen der im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen Staaten: Es ist zwingend geboten, dass sich alle mit der gebotenen Dringlichkeit für die Beendigung des Konflikts sowie für die Schaffung eines freien Zugangs der Hilfsorganisationen in die Krisenregion einsetzen. Darüber hinaus sollte der Sicherheitsrat alle notwendigen Maßnahmen beschließen und unverzüglich einleiten, die zur sofortigen Wiederherstellung der Sicherheit in Darfur nötig sind und eine geschützte Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer ermöglichen. Die katastrophale humanitäre Situation in den Flüchtlingslagern und in Darfur gebietet ein unverzügliches Handeln. Hier ist gerade auch der politische Wille der Afrikanischen Union gefordert, sich als friedensstiftende und humanitäre Kraft zu beweisen.

Der G8-Gipfel, der im Juni dieses Jahres unter deutschem Vorsitz in Heiligendamm abgehalten wird, hat u.a. Afrika zum Thema. Dies gibt Gelegenheit, nicht zuletzt die Lage im Darfur aufzugreifen und ein entschiedenes Handeln aller beteiligten Länder vorzubereiten. Ich weiß, dass sich auch die Bischofskonferenzen in anderen europäischen Ländern bei ihren Regierungen dafür einsetzen.

Mit seinem Projekt »Darfur: Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, das in den kommenden Tagen in Berlin durchgeführt wird, setzt auch das Jüdische Museum in Berlin ein klares Zeichen für die Verantwortung der Weltgemeinschaft und unseres eigenen Landes. Für diese Initiative bin dem Museum und seinem Direktor, Prof. Dr. W. Michael Blumenthal, herzlich dankbar. Ich hoffe sehr, dass die einwöchige Veranstaltungsreihe vor allem die deutsche Öffentlichkeit aufrütteln wird und die politischen Entscheidungsträger an ihre Verantwortung für den Frieden in der Region erinnert. So wünsche ich der Veranstaltung ein gutes Gelingen und den reichen Segen Gottes, der den Friedensstiftern verheißt ist (vgl. Mt 5,9).

+ Karl Karl. Lehmann

Bonn / Mainz, den 15. März 2007